

STADT HORN-BAD MEINBERG, BEBAUUNGSPLAN Be 10.1

"Der Industriepark Lippe/Beller Feld" der Städte Blomberg, Horn-Bad Meinberg und Schieder-Schwalenberg hier: 1. Änderung



Auftraggeber Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Liegenschaften der Stadt Horn-Bad Meinberg hat am ... den Entwurf des Bebauungsplans gemäß § 3(1) BauGB durchgeföhrt. Dieser Beschluss ist am ... bekannt gemacht worden.	Führende Behörde Nach öffentlicher Bekanntmachung am ... wurde die frühzeitige öffentliche Beteiligung gemäß § 3(1) BauGB durchgeführt. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom ... gemäß § 4(1) BauGB und mit Schreiben vom ... gemäß § 4(2) BauGB beteiligt.	Öffentliche Auslegung Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Liegenschaften der Stadt Horn-Bad Meinberg hat am ... den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung und Umweltbericht beschlossen und zur Auslegung bestimmt. Nach öffentlicher Bekanntmachung am ... hat der Bebauungsplan mit Begründung, Umweltbericht und dem wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3(2) BauGB vom ... öffentlich ausgelegt.	Satzungsbeschluss Der Bebauungsplan wurde vom Rat der Stadt Horn-Bad Meinberg am ... mit planungs- und baubedingungsrechtlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.	Genehmigung Der Bebauungsplan Be 10.1 (IKG Lippe-Süd / Beller Feld West), 1. Änderung ist durch Verfügung der Bezirksregierung gemäß § 10(1) BauGB genehmigt worden.	Bekanntmachung Die Erteilung der Genehmigung nach § 10(2) BauGB bzw. der Beschluss des Bebauungsplans ist am ... Ortsüblich gemäß § 10(3) BauGB mit Hinweis auf den Bebauungsplan mit Begründung und Umweltbericht am ... im Amtsblatt der Stadtentwicklung und Liegenschaftsverwaltung der Stadt Horn-Bad Meinberg bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist am ... im Amtsblatt der Stadtentwicklung und Liegenschaftsverwaltung der Stadt Horn-Bad Meinberg bekannt gemacht worden.	Katasteramt Die Darstellung des im Bebauungsplan ausgewiesenen Zustandes stimmt bis auf folgendes mit dem Katasteramt überein: Die mit einem * gekennzeichneten Gebäude sind nachträglich übernommen und im Kataster noch nicht nachgetragen. Die Festlegung der städtebaulichen Planung genehmigt eindeutig ist: Stand der Kartengrundlage: ... Kreis Lippe Der Landrat Fachbereich Vermessung und Kataster im Auftrag Horn-Bad Meinberg, den ... Bürgermeister
--	---	---	--	--	---	--

Zeichenerklärung und textliche Festsetzungen

A. Rechtsgrundlagen der Planung

Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12.04.2011 (BGBl. I S. 675)
Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986)
Planzerschwerfverordnung (PlanV) i.d.F. vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509)
Landesbauordnung (LBO NRW) i.d.F. der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV. NRW S. 256), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Bekanntmachung vom 01.03.2011 (GV. NRW S. 729)
Landeswassergesetz (LWG NRW) i.d.F. der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV. NRW S. 926), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16.03.2010 (GV. NRW S. 185)
Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV. NRW S. 685)

B. Planzeichen und Festsetzungen gemäß § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9(1) Nr. 1 BauGB)**
- 1.1 Industriegebiet mit den Teilflächen GI 1 bis GI 4 gemäß § 9 BauNVO, gegliedert mit Nutzungsbeschränkung nach § 1(4) BauNVO gemäß B.1.2**
- In den GI sind gemäß § 1 Absätze 6, 9 BauNVO unzulässig (siehe auch weitere Einschränkung B.1.1.3)
- a) Betriebswohnungen sind unzulässig.
 - b) Anlagen für kulturelle, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke sind unzulässig.
 - c) Betriebe des Beherbergungsgewerbes sind unzulässig.
 - d) Vergnügungstätten jeglicher Art und Kinos sind unzulässig.
 - e) Bordelle und ähnliche für sexuelle Handlungen ausgerichtete Betriebe (Eros-Center, Peep-Show, Privat-Clubs, Dirmuntenkitteln u.ä.) sind unzulässig.
 - f) Werbeanlagen sind nur an der Stelle der Leistung zur Eigenwerbung der auf dem betreffenden Grundstück ansässigen Betriebe zulässig; ausgenommen sind zentrale Werbetafeln und Hinweisschilder auf das Plangebiet und auf die ansässigen Firmen (siehe auch B.2.2.2)
 - g) Gebäude für freie Berufe gemäß § 13 BauNVO sind unzulässig. Räume für freie Berufe können dagegen ggf. als Ausnahme in Kombination mit bzw. als ergänzende Nutzung zu Bürogebäuden für allgemein zulässige Gewerbebetriebe zugelassen werden.
 - h) Einzelhandelsbetriebe für den Verkauf an letzte Verbraucher sind unzulässig; ausgenommen sind im Rahmen des § 9 BauNVO:
 - h.1) Verkaufsstellen im Zusammenhang mit Werkstätten für Kraftwagen, Landmaschinen und Zubehör (Reifenhandel etc.), Brenn- und Baustoffe sind einschließlich zugehöriger Verkaufs/Ausstellungsflächen allgemein zulässig.
 - h.2) Tankstellen mit Verkaufsstellen bis maximal 180 m² Verkaufsfäche für AB- und Motosales sind allgemein zulässig.
 - h.3) Verkaufsstellen der sonstigen zulässigen Gewerbebetriebe können ggf. als Ausnahme zugelassen werden. Das angebotene Sortiment muss aus eigener Herstellung oder Bearbeitung auf dem Betriebsgrundstück stammen oder es muss eine sortimentsbezogene Zuordnung zum Hauptbetrieb gegeben sein. Die Verkaufsfäche muss im Sinne des § 9(3) Nr. 1 BauNVO dem Betrieb räumlich und funktionale zugeordnet sein. 1. BauNVO sind zulässig und zugehöriger Baukörper ist zulässig.
 - i) Anlagen und Betriebsanlagen gemäß § 68 des Abstandsbeschlusses NRW sind unzulässig (siehe B.1.2.b); hier: Nr. 68 Anlagen zur Bestattung oder Verwertung fester, flüssiger oder gasförmiger Abfälle mit brennbaren Bestandteilen durch thermische Verfahren.
- 1.2 Gliederung der GI-Gebiete gemäß § 1(4) Satz 1 Nr. 2 BauNVO nach der Art der Betriebe und Anlagen und nach den besonderen Bedürfnissen und Eigenschaften, hier Gliederung durch**
- a) emissionswirksame flächenbezogene Schalleistungspegel IFSP und b) ergänzend für sonstige Emissionen wie Luftschadstoffe und Gerüche gemäß Abstandsbeschluss NRW mit Abstandsliste.
- Zu a) Gliederung durch Schalleistungspegel IFSP:
In den Teilflächen GI 1 bis GI 4 sind Betriebe und Anlagen zulässig, deren Schallemissionen die in Tabelle und Plankarte festgesetzten immissionswirksamen flächenbezogenen Schalleistungspegel IFSP, definiert als L_W in dB(A) je m² Betriebsgrundstück, weder tags (6:00 bis 22:00 h) noch nachts (22:00 bis 6:00 h) überschreiten:
- | Teilfläche | IFSP _{tags} in dB | IFSP _{nachts} in dB |
|------------|----------------------------|------------------------------|
| GI 1 | 65 | 65 |
| GI 2 | 65 | 65 |
| GI 3 | 65 | 65 |
| GI 4 | 65 | 65 |
- Vereinfachung für gering lärmemittierende Betriebe (Kapselungsprinzip):
Ein Betrieb ist bereits zulässig, wenn der Beurteilungspegel der von ihm emittierten Betriebsgeräusche einen Wert von 15 dB(A) unter dem maßgeblichen Immissionsrichtwert (nach TA Lärm 1998, GemMbl. S. 503) an dem vom Lärm am stärksten betroffenen Immissionsort im Einwirkungsbereich des Betriebs nicht überschreitet.
- Ermittlungsgrundlagen und Hinweise:**
- Ermittlungsgrundlagen für die sich aus den IFSP ergebenden Lärmkontingente an den Nachbarwohnhäusern gemäß Schalltafeln:
Durchführung von Schallberechnungen gemäß der Norm DIN ISO 9613-2 „Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien, Teil 2: Allgemeines Berechnungsverfahren“:
 - Höhe h der Flächenhöhen über Grund: h = 2 m
 - Innerhalb des Plangebiets: Keine Berücksichtigung von bestehenden Gebäuden (also keine Schallschatten, keine Reflexionen).
 - Außerhalb des Plangebiets: Berücksichtigung aller schalltechnisch relevanten Hindernisse und des Geländes.
 - Grundlage der Festsetzungen und der Ableitung und Definition der IFSP-Schalleistungspegel: Gutachten im Rahmen des Bauplanverfahrens für den „Industriepark Lippe“ - AKUS GmbH, 17.11.2010, mit den dort genannten Berechnungs- und Beurteilungsgrundlagen, hier insbesondere TA Lärm 1998 (GemMbl. S. 503) und DIN ISO 9613 Teil 2 „Dämpfung des Schalls bei Ausbreitung im Freien“ (Deutsches Institut für Normung e.V., Ausgabe 1999-10, Bezug: Beuth Verlag, 10772 Berlin, einsehbar über Stadtweltweit, FB 3 Stadtentwicklung, Bau-u. Liegenschafts- und Kreisbauamt).
- Zu b) Zulässigkeit von Schallemissionen (a), ergänzende Gliederung für sonstige Emissionen wie Gerüche und Luftschadstoffe gemäß § 1(4) BauNVO i.V.m. Abstandsbeschluss NRW mit Abstandsliste (Fassung vom 06.06.2007, MBl. 2007, S. 659):**
- GI 1-4:** Unzulässig sind Anlagen der Abstandslisten I bis III (lfd. Nr. 1 bis 36 einsch.) und Anlagen mit ähnlichem Emissionsverhalten.
- Ausnahmeregelung gemäß § 3(1) BauGB:** Anlagen des nächstgrößeren Abstands der Abstandsliste können als Ausnahme zugelassen werden, wenn deren Emissionen durch technische oder organisatorische Maßnahmen nachweislich auf den jeweils zulässigen Störgrenzen reduziert werden können.

C. Festsetzungen gemäß § 86 BauNVO in Verbindung mit § 9(4) BauGB - Örtliche Bauvorschriften -

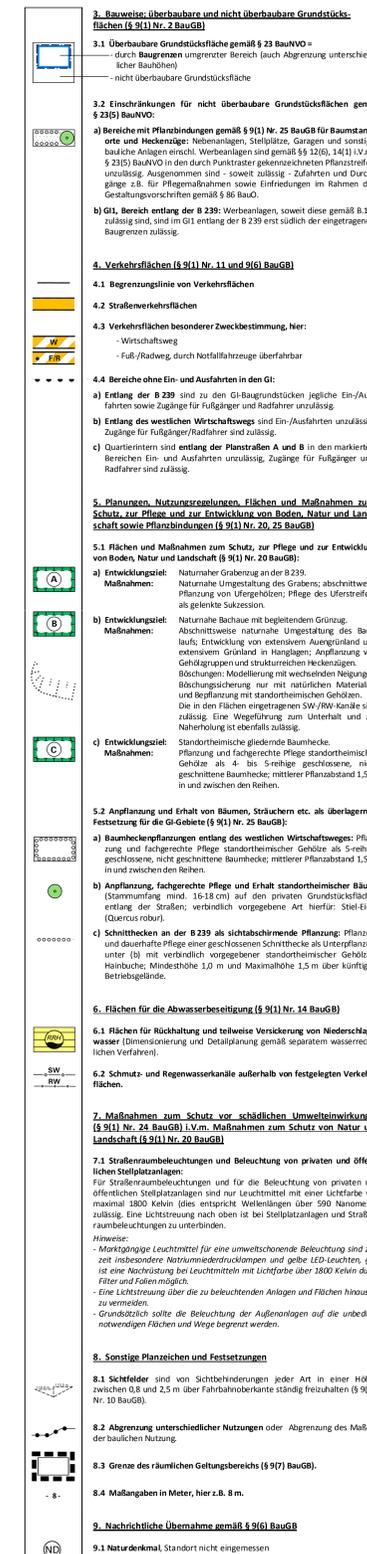
- 1. Gestaltung baulicher Anlagen gemäß § 86 (1) Nr. 1 BauNVO**
- 1.1 Fassadengliederung:** Außenfassaden von Hallenbauten sind mindestens alle 30 m deutlich vertikal zu gliedern; z.B. durch Vertikale, Glasbänder, dauerhafte Fassadengliederung, Farb- oder Materialwechsel. Abweichungen können bei einem abgestimmten architektonischen Gesamtkonzept zugelassen werden.
- 1.2 Gestaltungsvorschriften für Werbeanlagen in allen Teilflächen des GI:**
- a) Werbeanlagen an Gebäuden sind nur bis zur Gebäudehöhe zulässig. Abweichungen für Teilelemente, wie z.B. eine Übersetzung der Werbeanzeige durch Teilelemente von Firmen- oder Buchstaben, können zugelassen werden.
 - b) Die Höhe der einzelnen Werbeanlagen an Gebäuden (einzelne Schriftzüge, Symbole etc.) darf maximal 5 m, die Länge maximal 20 m betragen. Die Länge der Werbeanlagen darf jedoch, auch als Summe mehrerer Einzelanlagen, 50 % der Gebäudehöhe nicht überschreiten. Abweichungen von diesen Maßen können zugelassen werden, wenn die Größe der Anlagen im Verhältnis zur Fassade nur eine deutlich untergeordnete Fläche einnimmt und wenn eine Beeinträchtigung des Verkehrs auf den angrenzenden Bundesstraßen nicht zu befürchten ist.
 - c) Werbeanlagen mit wechselndem, blinkendem oder bewegtem Licht sind unzulässig.
 - d) Freistehende Werbeanlagen und Plakate als selbstständige bauliche Anlagen dürfen eine Gesamthöhe von 20 m über Betriebsgelände nicht überschreiten.
- 4. Verkehrsflächen (§ 9(1) Nr. 11 und 9(6) BauGB)**
- 4.1 Begrenzungslinie von Verkehrsflächen**
- 4.2 Straßenverkehrsflächen**
- 4.3 Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, hier:**
- Wirtschaftsweg
 - Fuß-/Radweg, durch Notfallfahrzeuge befahrbar
- 4.4 Bereiche ohne Ein- und Ausfahrten in den GI:**
- a) Entlang der B 239 sind in den GI-Baugrundstücken jegliche Ein-/Ausfahrten sowie Zugänge für Fußgänger und Radfahrer unzulässig.
 - b) Entlang des westlichen Wirtschaftswegs sind Ein-/Ausfahrten unzulässig, Zugänge für Fußgänger/Radfahrer sind zulässig.
 - c) Quantitäten sind entlang der Planstraßen A und B in den markierten Bereichen Ein- und Ausfahrten unzulässig, Zugänge für Fußgänger und Radfahrer sind zulässig.
- 5. Planungen, Nutzungsregelungen, Flächen und Maßnahmen zum Schutz vor Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie Planbindungen (§ 9(1) Nr. 20, 25 BauGB)**
- 5.1 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9(1) Nr. 20 BauGB):**
- a) **Entwicklungsziel:** Naturnaher Graben an der B 239.
Maßnahmen: Naturnaher Umgang des Grabens; abschrittweise Pflanzung von Ufergehölzen; Pflege des Uferstreifens als gelebte Sukzession.
 - b) **Entwicklungsziel:** Naturnaher Bach mit begleitendem Grünzug.
Maßnahmen: Abschrittweise naturnaher Umgang des Bachlaufes; Entwicklung von extensivem Auferland und extensivem Grünland in Hanglagen; Anpflanzung von Gehölzgruppen und strukturellen Wechselzügen; Böschung: Modellierung mit wechselnden Neigungen, Ufer: Entwicklung von Ufergehölzen, Handliche Stämmungsmenge mind. 15-30 cm in Baumreihen und Pflanzung mit standortheimischen Gehölzen. Die in den Flächen eingetragenen SW-/RW-Kanäle sind zulässig. Eine Wegführung zum Unterhalt und zur Naherholung ist ebenfalls zulässig.
 - c) **Entwicklungsziel:** Standortheimische gliedernde Baumhecke.
Maßnahmen: Pflege und fachgerechte Pflege standortheimischer Gehölze als 4- bis 5-reihige geschlossene, nicht geschichtete Baumhecke; mittlerer Pflanzabstand 1,5 m in und zwischen den Reihen.
- 5.2 Anpflanzung und Erhalt von Bäumen, Sträuchern etc. als überlagernde Festsetzung für die GI-Gebiete (§ 9(1) Nr. 25 BauGB):**
- a) **Baumheckenpflanzungen entlang des westlichen Wirtschaftsweges:** Pflanzung und fachgerechte Pflege standortheimischer Gehölze als 5-reihige geschlossene, nicht geschichtete Baumhecke; mittlerer Pflanzabstand 1,5 m in und zwischen den Reihen.
 - b) **Anpflanzung, fachgerechte Pflege und Erhalt standortheimischer Bäume (Stammumfang mind. 16-18 cm) auf den privaten Grundstücksflächen entlang der Straßen; vorzuziehen vorgegebene Art hierfür: Stieleiche (Quercus robur).**
 - c) **Schnittchen an der B 239 als sichtabschirmende Pflanzung:** Pflanzung und dauerhafte Pflege einer geschlossenen Schnitthecke als Unterpflanzung unter mit vertikal verlaufenden standortheimischer Gehölzart: Hänliche; Mindesthöhe 1,0 m und Maximalhöhe 1,5 m über künftigen Betriebsgelände.
- 6. Flächen für die Abwasserbeseitigung (§ 9(1) Nr. 14 BauGB)**
- 6.1 Flächen für Rückhaltung und teilweise Versickerung von Niederschlagswasser (Dimensionierung und Detailplanung gemäß separatem wasserrechtlichen Verfahren).
 - 6.2 Schutz- und Regenwasserkäufel außerhalb von festgelegten Verkehrsflächen.
- 7. Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9(1) Nr. 24 BauGB) i.V.m. Maßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft (§ 9(1) Nr. 20 BauGB)**
- 1.1 Straßenraumbeluchtungen und Beleuchtung von privaten und öffentlichen Stellplätzen:**
Für Straßenraumbeluchtungen und für die Beleuchtung von privaten und öffentlichen Stellplätzen sind nur Leuchtmittel mit einer Lichtfarbe von maximal 1800 Kelvin (das entspricht Wellenlängen über 590 Nanometer) zulässig. Eine Lichtstreuung nach oben ist bei Stellplatzanlagen und Straßenraumbeluchtungen zu unterbinden.
Hinweise:
 - **Martinglasige Leuchtmittel für eine umweltschonende Beleuchtung** sind zurzeit insbesondere Natriumdampfdrucklampen und gelbe LED-Leuchten, ggf. ist eine Nachrüstung bei Leuchtmitteln mit Lichtfarbe über 1800 Kelvin durch Filter und Folien möglich.
 - Eine Lichtstreuung über die zu beleuchtenden Anlagen und Flächen hinaus ist zu vermeiden.
 - Grundsätzlich sollte die Beleuchtung der Außenanlagen auf die unbedingt notwendigen Flächen und Wege begrenzt werden.

D. Katasteramtliche und sonstige Darstellungen ohne Festsetzungscharakter

- Grundstücks- und Wegeparzellen mit Flurstücksnummern
- Vorhandene Bebauung
- Vorgeschlagene Baumstandorte
- Hinhalten in Meter über NN:
 - Bestand außerhalb der GI-Flächen
 - Planung mit Schaffung einer einheitlichen Geländeebene innerhalb der GI mit leichter Neigung nach Südwest
 - Übernahme aus: Lageplan Geländeprofilierung IKG Lippe-Süd, Ingenieurbüro OWK, Detmold, Entwurfs- und Genehmigungsplanung, 15.12.2010
- Knotenpunktplanung B 239 / Planstraße A und Gliederung der Planstraßen (Übernahme aus: Lageplan Geländeprofilierung IKG Lippe-Süd, Ingenieurbüro OWK, Detmold, Entwurfs- und Genehmigungsplanung, 15.12.2010)
- Mögliche private oder öffentliche Sicherstellung bei späteren Grundstücksteilungen
- Möglicher Anschluss einer Ortsumfahrung Belle
- 20/30 KV-Kabel der E.ON AG, Verlegung erforderlich

8. Sonstige Planzeichen und Festsetzungen

- 8.1 Sichtfelder sind von Sichtbehinderungen jeder Art in einer Höhe zwischen 0,8 und 2,5 m über Fahrbahnoberkante ständig freizuhalten (§ 9(1) Nr. 10 BauGB).
- 8.2 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen oder Abgrenzung des Maßes der baulichen Nutzung.
- 8.3 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs (§ 9(7) BauGB).
- 8.4 Maßangaben in Meter, hier: z.B. 8 m.
- 9. **Nachrichtliche Übernahme gemäß § 9(6) BauGB**
- 9.1 **Naturdenkmal, Standort nicht eingemessen**



E. Sonstige Hinweise

- 1. Niederschlagswasser:**
Zum Schutz vor extremen Niederschlagsereignissen ist das Baugelände so zu profilieren, dass Oberflächenabflüsse nicht ungehindert in Erd- und Kellerbereiche der Betriebe eindringen können. Oberflächenabflüsse dürfen jedoch nicht auf Nachbargrundstücke abgeleitet werden, ausgenommen sind die im Entwässerungskonzept vorgesehenen Regenrückhalteflächen.
- 2. Bodenkennlinie:**
Werden kultur-geodäsische Bodenfunde entdeckt (Metallfunde, Tonsteine, Bodenverfärbungen, Knochen), ist gemäß Denkmalschutzgesetz die Entdeckung sofort dem Amt für Bodenkennlinie Bielefeld, Kurze Straße 16, 33614 Bielefeld (Tel. 0521/5200250) anzuzeigen und die Entdeckung spätestens 3 Werktagen anzuzeigen zu erhalten. Der Beginn der Erdarbeiten ist dem Amt unter der o.g. Anschrift mindestens 4 Wochen vorher anzuzeigen, damit ggf. baubegleitende archäologische Bodenfunde organisiert werden können.
- 3. Altlasten:**
Altlasten sind im Plangebiet nicht registriert. Treten bei Baumaßnahmen etc. Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Altlast oder schädlicher Bodenverunreinigungen auf, besteht nach § 1(1) Landesbodenschutzgesetz die Verpflichtung, die zuständige untere Abfallwirtschaftsbehörde, Tel. 0521/ 62-977, unverzüglich zu verständigen.
Bei der Beackrterung Arnsberg liegen keine Erkenntnisse über einzelne Bodenunfallfälle vor. Vorkommen im Plangebiet selber können jedoch nie völlig ausgeschlossen werden. Treten verdächtige Gegenstände oder Bodenverfärbungen auf, ist die Arbeit aus Sicherheitsgründen einzustellen und der Staatliche Kampfmiträumden zu benachrichtigen.
- 4. Bodenschutz und Bodenaushubmassen:**
Gemäß § 4(2) der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Lippe vom 27.06.2005 ist unbelasteter Bodenaushub auszubauen, zwischen zu lagern und zu transportieren, das Vermischen mit Bauschutt, Baustelleneinfüllungen und anderen Abfallstoffen unterbleiben. Bodenaushub soll im Plangebiet verbraucht werden, soweit dies technisch möglich ist. Sollte dies nicht möglich sein, sollte gemäß § 4(3) geprüft werden, inwieweit Bodenaushub über einen internen Massenaushub bei parallelen Baumaßnahmen zu verwerten ist. Abfall ist die Boden- und Bauschuttreste nur über der Internetadresse: www.alos-info.de. Alle Angebote und Nachfragen können nach kostenlos über die Gewerbeabfallberatung der Kreisverwaltung Lippe, Tel. 05233/62-666 und 62-669, eingeleitet oder vorhandene Angebote oder Nachfragen abgerufen werden. Unbelasteter Bodenaushub, der nicht im Plangebiet verbraucht werden kann, ist nach § 4 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW/AbfG) in der derzeit gültigen Fassung vornehmlich stofflich zu verwerten. Um eine Verwertung im Sinne des § 4 KrW/AbfG zu erleichtern, kann das Material aufbereitet werden.

2. Vorschriften gemäß § 86 (1) Nr. 4, 5 BauNVO

- 2.1 Begründung ebenerdiger Pkw-Sammelstellplätze für Pkw ab 6 Stellplätze in allen Teilflächen des GI:** Für jeweils angelegte 6 Stellplätze sind mindestens ein standortheimischer Laubbau wie Stieleiche, Feldahorn, Hänliche Stämmungsmenge mind. 15-30 cm in Baumreihen oder Plankanten von jeweils mind. 5 m² fachgerecht anzupflanzen. Die Pflanzungen sind zwischen, neben oder direkt im Anschluss an die Stellplätze regelmäßig verteilt vorzunehmen. Abweichungen können auf Grundlage eines Gesamtkonzeptes mit Begründungsgutachten unterschiedliche Verteilungen auf der Stellplatzanlage zugelassen werden.
- 2.2 Verpflichtung zur Herstellung, Verbot der Herstellung sowie Art, Höhe und Gestaltung von Einfriedungen gemäß § 86(4) Nr. 5 BauNVO in allen Teilflächen des GI:**
 - a) **Einfriedungen entlang der Planstraßen A/B sind nur heckenartig mit standortheimischen Gehölzen freiwachsend oder als Schnitthecke zulässig.** Innerhalb oder grundstückstief zum Graben sind Anpflanzungen (Drahtgitter, Stabgitter etc.) bis zu einer Höhe von 2,5 m über neuem Geländeausfall zulässig, wenn diese mindestens 1,5 m von der Straßenbegrenzungslinie abgesetzt sind. Abweichungen können insbesondere aus Gründen der Betriebssicherheit zugelassen werden.
 - b) **Rückwärtige Einfriedungen zu den Grundflächen gemäß § 9(1)20 BauGB sind,** soweit keine öffentliche Einkünfte erfolgt, geschlossen mit Stabgitterzaun, Drahtgitter oder gleichwertig mit einer Mindesthöhe von 1,5 m über Betriebsgelände anzulegen.

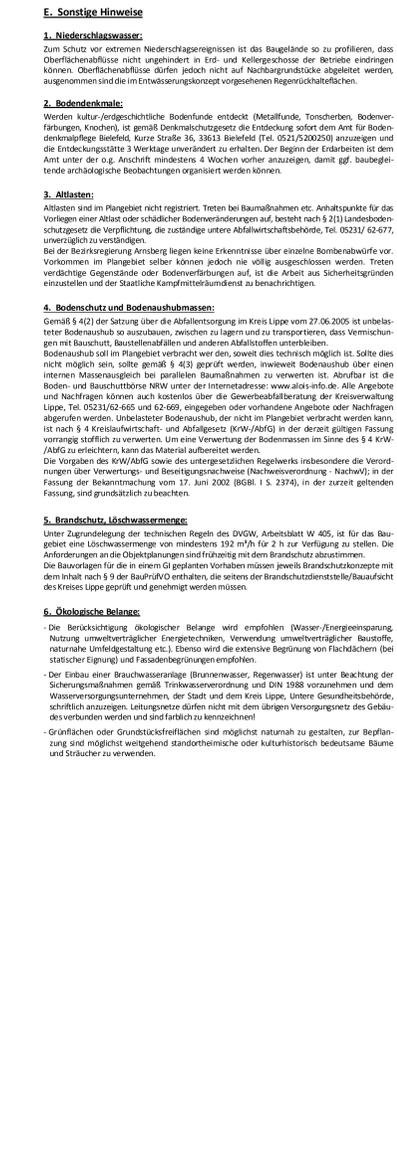
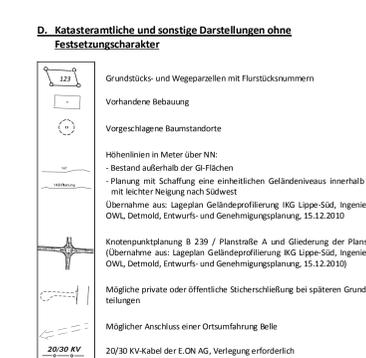
3. Ausdrückliche Hinweise zu den Bauvorschriften

- Bei Gestaltungsfragen wird in Zweifelsfällen eine frühzeitige Abstimmung mit der Stadt empfohlen. Abweichungen von örtlichen Bauvorschriften richten sich nach § 73 BauNVO. Zweifelsfragen gegen örtliche Bauvorschriften sind Ordnungswidrigkeiten i. S. der Bußgeldvorschriften des § 84 BauNVO und können entsprechend geahndet werden.

6. Ökologische Belange

- Die Berücksichtigung ökologischer Belange wird empfohlen (Wasser-/Energieplanung, Nutzung umweltverträglicher Energietechniken, Verwendung umweltverträglicher Baustoffe, naturnaher Umfönggestaltung etc.). Ebenso wird die extensive Bewirtschaftung von Flächen (z.B. städtischer Grün) und Flächenbegrenzung empfohlen.
- Der Erbau einer Brauchwasseranlage (Brunnenwasser, Regenwasser) ist unter Beachtung der Sicherungsmaßnahmen gemäß Trinkwasserverordnung und Nr. 1988 vorzunehmen und dem Wasserwirtschaftsamt mitzuteilen. Die Stadt und dem Kreis Lippe. Untere Gesundheitsbehörde schriftlich anzuzeigen. Leitungsnetze dürfen nicht mit dem übrigen Versorgungsnetz des Gebäudes verbunden werden und sind farblich zu kennzeichnen.
- Grünflächen oder Grundstücksflächen sind möglichst naturnah zu gestalten, zur Befruchtung und möglichst weitgehend standortheimische oder kulturhistorisch bedeutsame Bäume und Sträucher zu verwenden.

D. Katasteramtliche und sonstige Darstellungen ohne Festsetzungscharakter



Der Bebauungsplan Be 10.1 - 1. Änderung überplant als erste Änderung vollständig den Bebauungsplan Be 10.1 „IKG Lippe-Süd / Beller Feld West“. Mit Inkrafttreten des Bebauungsplans Be 10.1 - 1. Änderung werden die für den Geltungsbereich bisher geltenden Festsetzungen des Bebauungsplans Be 10.1 insgesamt aufgehoben. Sollte sich der Geltungsbereich des Bebauungsplans Be 10.1 - 1. Änderung als unwirksam erweisen oder für richtig erklärt werden, so treten die Festsetzungen des Bebauungsplans Be 10.1 wieder auf und erlangen erneut Gültigkeit.

STADT HORN-BAD MEINBERG, Bebauungsplan Be 10.1 - Bauabschnitt 1 „Der Industriepark Lippe/Beller Feld“ der Städte Blomberg, Horn-Bad Meinberg und Schieder-Schwalenberg hier: 1. Änderung

